



Nutzung neuer Formen von Evidenz zur Erfassung der Kernwerte von „Gesundheit 2020“

Quantitative Daten stehen nach wie vor im Mittelpunkt der Gesundheitsberichterstattung. Doch zahlenmäßige Angaben müssen durch qualitative Evidenz erläutert werden. Nur so lässt sich die Frage, *warum* bestimmte Trends auftreten, vollständig beantworten.

Im *Europäischen Gesundheitsbericht 2015* wurde im Detail dargelegt, wie das WHO-Regionalbüro für Europa erstmals die Herausforderung anging, einige der zentralen Werte von „Gesundheit 2020“, insbesondere Wohlbefinden, zu messen und darüber Bericht zu erstatten. Seitdem hat das Regionalbüro weitere Konzepte erforscht und Berichterstattungsstrategien für die Überwachung der Fortschritte bei der Umsetzung von „Gesundheit 2020“ entwickelt.

Die derzeit genutzten neuen Arten von Evidenz stammen selten aus dem Gesundheitsbereich, sondern aus Nebendisziplinen wie den medizinischen Humanwissenschaften und den Sozialwissenschaften. Dabei kommen Techniken wie Fokusgruppen und Interviews zum Einsatz, die einen Einblick in individuelle oder gesellschaftliche Erfahrungen vermitteln. Diese Methoden sind unerlässlich für die Erforschung der in „Gesundheit 2020“ verankerten neuen Konzepte, etwa die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft, die Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln sowie Lebensverlaufansatz und gesamtgesellschaftliche Ansätze.

Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft

Unter der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft wird ihre Fähigkeit verstanden, sich Herausforderungen zu stellen und von Widrigkeiten zu erholen, ohne auf ungesunde Bewältigungsmechanismen zurückzugreifen. Dabei handelt es sich jedoch um ein komplexes Konzept, das Interaktionen zwischen Personen, Familien, Gruppen und der Umwelt umfasst. Für eine wirksame Messung ist daher die Beteiligung der Gemeinschaften erforderlich, die von den Herausforderungen betroffen sind, welche Widrigkeiten verursachen, etwa in Form von Wirtschaftskrisen, psychologischen Belastungen, Traumata, Tragödien, Bedrohungen oder anderen wesentlichen belastenden Einflüssen. Durch qualitative Ansätze können Forscher sich gezielt mit den subjektiven Empfindungen, Deutungen und Erfahrungen der Teilnehmer befassen und so verstehen, warum Menschen bestimmte Verhaltensweisen annehmen.

Befähigung der Gesellschaft zu selbstbestimmtem Handeln

Die Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln gibt den Menschen mehr Kontrolle über Entscheidungen, die ihre Gesundheit und ihr Leben betreffen. Daraus erwachsen ihnen vielfältige potenzielle Vorteile. Erhält die Selbstbestimmung der Gesellschaft Priorität in der Politikgestaltung, so kann dies eine Reihe positiver gesundheitsbezogener Resultate

hervorbringen, etwa eine Steigerung der persönlichen Kompetenzen und des Bewältigungsvermögens, eine sinnvollere Nutzung der verfügbaren Gesundheitsangebote, eine Verringerung der Diskrepanzen beim Zugang zu Ressourcen und eine bessere Umsetzung der politischen Handlungskonzepte an sich. Allerdings ist die Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln schwierig zu messen und zu verwirklichen, weshalb ein Mischansatz verfolgt werden muss, der ein tieferes Verständnis der sozialen und politischen Dynamik ermöglicht, durch die sie erreicht werden kann.

Der Lebensverlaufansatz

Der Lebensverlauf ist eine soziokulturell definierte Abfolge von Alterskategorien, die der Mensch während seiner Entwicklung von der Geburt bis zum Tod üblicherweise durchläuft. Eingedenk dessen, dass ein komplexes Zusammenspiel von biologischen, kulturellen, psychologischen, sozialen und risikobezogenen Faktoren während der gesamten Lebensdauer eines Menschen zu gesundheitlichen Resultaten beiträgt, sieht der Lebensverlaufansatz Interventionen vor, die zeitgerecht und für die verschiedenen Lebensphasen geeignet sind und für die gesamte Bevölkerung über die gesamte Lebensspanne hinweg Nutzen bringen.

Die Ausrichtung auf Schlüsselphasen wie Schwangerschaft oder frühe Kindheit kann dauerhaften Nutzen entstehen lassen, erfordert jedoch viel Vorarbeit, einschließlich auf Narrationen basierender qualitativer Ansätze, um die gesamte Bandbreite kultureller, sozialer oder anderer Faktoren zu erfassen, die Gesundheit und Wohlbefinden während des gesamten Lebens beeinflussen.

Der gesamtgesellschaftliche Ansatz

Der gesamtgesellschaftliche Ansatz trägt der Bedeutung sämtlicher Gesellschaftsbereiche für die psychische und physische Gesundheit des Menschen und damit der Erkenntnis Rechnung, wie wichtig eine ressortübergreifende Zusammenarbeit für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit ist, was eine Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft einschließt. Somit kann ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz die Widerstandskraft von Gemeinschaften gegen die Gefährdung ihrer Gesundheit und Sicherheit und ihres Wohlbefindens stärken. Dieser Ansatz beeinflusst und mobilisiert Kultur und Medien auf der lokalen und der globalen Ebene, ländliche und städtische Gemeinschaften sowie alle relevanten Politikbereiche wie etwa das Bildungssystem, das Verkehrswesen, den Umweltschutz und sogar die Städtegestaltung.

Leider hat es sich als äußerst schwierig erwiesen, den Grad der Umsetzung eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes zu messen und zu bewerten, was sowohl an der Anzahl der potenziell beteiligten Akteure als auch daran liegt, dass den Regierungen eher eine Steuerungsfunktion beigemessen wird und die Aufgabe der Umsetzung den vielen beteiligten Akteuren überlassen bleibt. Ein Mischansatz, der qualitative Evidenz einbezieht, wird jedoch dazu beitragen, ein stärker ganzheitliches Verständnis von Gesundheit und Wohlbefinden im 21. Jahrhundert zu gewinnen, und das Regionalbüro in die Lage versetzen, die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung der Berichterstattung über die Zielvorgaben von „Gesundheit 2020“ und die gesundheitsbezogenen Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie bei ihrer Umsetzung zu unterstützen.

Durchgängige Nutzung von Evidenz in gesundheitspolitischen Entscheidungsprozessen

Die Nutzung eines Mischansatzes zur Erweiterung der Evidenzgrundlage reicht für sich jedoch nicht aus; vielmehr gilt es, die gewonnenen Erkenntnisse systematisch in gesundheitspolitische Entscheidungen einfließen zu lassen und alle Beteiligten, auch die Allgemeinheit, darauf aufmerksam zu machen. Nur dann kann es eine sinnvolle Debatte darüber geben, was solche Informationen für die Gemeinschaft, die Familie und den Einzelnen bedeuten.

Die Europäische Gesundheitsinformations-Initiative der WHO

Um im 21. Jahrhundert sinnvolle Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit zu ermöglichen, müssen Gesundheitsinformationen, Gesundheitsforschung und Wissensumsetzung fest in gesundheitspolitische Entscheidungsprozesse integriert werden. Dieser Prozess ist Kernstück des Aktionsplans zur Verstärkung der Nutzung von Evidenz, Gesundheitsinformationen und Forschung für die Politikgestaltung in der Europäischen Region der WHO – dem ersten seiner Art –, der 2016 von den Mitgliedstaaten in der Europäischen Region angenommen wurde und derzeit im Rahmen der Europäischen Gesundheitsinformations-Initiative der WHO (EHII) umgesetzt wird.

Die EHII, eine Kooperation zwischen dem WHO-Regionalbüro für Europa, den Ländern der Europäischen Region und den europäischen Institutionen, koordiniert Gesundheitsinformationen, Forschung und Wissensumsetzung in der gesamten Europäischen Region. Zudem unterstützt sie die Mitgliedstaaten bei der Bewertung ihrer nationalen Gesundheitsinformations- und -forschungssysteme und bei der Entwicklung nationaler Strategien.

Das Evidence-informed Policy Network der WHO

Politikgestaltung ist naturgemäß ein politischer Prozess, in dem Forschungserkenntnisse nur einer (wenn auch der wichtigste) von mehreren Faktoren sind, die die Entscheidungsfindung beeinflussen; weitere Einflussfaktoren sind Überzeugungen, persönliche Interessen, politische Erwägungen, Traditionen, frühere Erfahrungen und finanzielle Sachzwänge. In Anbetracht dessen bemüht sich die WHO um die Entwicklung einer *evidenzgeleiteten* (statt *evidenzbasierten*) Gesundheitspolitik.

Leider verfügen Wissenschaftler häufig nicht über die nötigen Fähigkeiten oder Ressourcen, um Politikgestalter zu erreichen. Zur Schließung der Lücke zwischen Forschung und Politik hat die WHO daher das Evidence-informed Policy Network (EVIPNet) ins Leben gerufen, das unter dem Dach der EHII als ein neutraler und vertrauenswürdiger Vermittler zwischen Forschern und Politikgestaltern tätig ist. Mit erprobten und bewährten Instrumenten und Mechanismen ist das EVIPNet den Beteiligten dabei behilflich, Evidenz zu bewerten, zu filtern und zu interpretieren, aussagekräftige Botschaften zu formulieren und diese Botschaften an bestimmte Zielgruppen heranzutragen.

Über die EHII und das EVIPNet arbeitet die WHO mit den Mitgliedstaaten in der Europäischen Region zusammen auf eine regionsweite ganzheitliche und evidenzgeleitete Strategie nach dem Grundsatz „Gesundheit in allen Politikbereichen“ hin.

Weitere Informationen finden Sie auf folgender Website: <http://www.euro.who.int/en/ehr2018>